Kriege als Mittel, internationale Streitigkeiten zu schlichten zu schaffen. Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten und dauernden Frieden, und wir glauben, daß, bevor ein solcher erhofft werden kann, die folgenden Bedingungen erfüllt werden müssen: 1. muß die Heiligkeit von Verträgen aufgerichtet werden; 2. muß eine Schlichtung von gewissen Fragen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes oder der Zustimmung der regierten Völker gesichert werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Last der Rüstungen zu beschränken und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu mindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und um diese Bedingungen sicherzustellen, sind seine Völker bereit, noch größere Opfer zu bringen, als die bisher gebrachten.

Die Zustimmung der englischen Arbeiterschaft.

In einer Besprechung der Rede Lloyd Georges sagte der Arbeiterführer Henderson: Die Arbeiterschaft würde sie insofern willkommen heißen, als sie eine klare Feststellung über die Ziele sei, für deren Verwirklichung wir den Krieg fortsetzen. In einigen Beziehungen, sagte er, verkörpert sie die erklärten Grundsätze und Ziele, welche die Arbeiterschaft bei der neulichen Konferenz als die wesentlichen Kriegsziele festgestellt hat. Die Arbeiterschaft besteht auf vollständiger Freiheit und Unversehrtheit Belgiens, Serbiens, Rumäniens und Montenegros und auf Schaffung einer festen Grundlage zu einem Bunde der Nationen und Völker zum Zwecke der Abrüstung und Verhütung künftiger Kriege. Dieses stellt unsere mindeste Forderung dar, welche keine Einschränkung duldet, und wenn wir dieses erreichen, wünschen wir die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und die völlige Abstandnahme von allen Ansprüchen hinsichtlich eines Wirtschaftskrieges oder Boykotts. Insofern als die Erklärung des Premierministers mit diesen Grundsätzen übereinstimmt, heißen wir sie willkommen und sind überzeugt, daß keine andere Erklärung vereinbart sein kann mit dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem Frieden, welcher nicht den Samen künftiger Kriege in sich enthalten wird. Indem er die Stellung der britischen Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Krisis näher beleuchtete, sagte Henderson, ihre Ziele seien dieselben wie im Jahre 1914, nämlich Vernichtung des Militarismus, nicht nur in Deutschland, sondern überall. Dies kann nur erreicht werden durch ein klar gegründetes gemeinsames Einkommen zwischen den Völkern und eine Erklärung auf den Grundzügen internationaler Gerechtigkeit.

Der Zwischenfall von Brest-Litowsk.

Der Wortlaut des russischen Vorschlages.

Das Telegramm, durch welche die russische Regierung die Verlegung der weiteren Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vorschlug, hatte folgenden Wortlaut:

Die Regierung der russischen Republik sieht es als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiete zu führen und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet Antwort hierauf in Petersburg. Was den Vorschlag der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation vom 25. Dezember wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anlangt, so sieht die Regierung der russischen Republik als geschäftsführender Hauptausschuß der Sowjets in voller Uebereinstimmung mit der von unserer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung diesen Vorschlag als dem Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Völker widersprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antwortserklärung des Vierbundes. Der Vorsitzende der Friedensdelegation, Joffe.

Im Hauptausschuß des Reichstags.

In der Sonnabendsitzung des Hauptausschusses des Reichstags gab Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche folgende Erklärung ab:

Der Herr Reichskanzler hat gestern die Insinuation der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschlusse an diese Erklärung stelle ich in ausdrücklichem Auftrage des Herrn Reichskanzlers das Folgende fest: Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standtpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingegeben ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28 Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Veränderung des Verhandlungsortes abgelehnt.

Der Unterstaatssekretär verlas dann das von uns, an der Spitze unserer Drahtmeldungen in unserer Sonnabendnummer niedergegebene russische Telegramm, in welchem die Russen sich bereit erklären, wieder nach Brest-Litowsk zu kommen. Nach einer kurzen Debatte vertagte sich dann der Hauptausschuß bis Montag.

Die Urteile der Berliner Presse.

Wie es nicht anders zu erwarten war, empfindet die alldeutsche und konservative Presse über den Zwischenfall von Brest-Litowsk lebhafte Genugtuung. Sie hofft, daß er der deutschen Regierung Gelegenheit geben werde, von ihrem Verzicht auf Annexionen zurückzutreten. Die konservative „Kreuzzeitung" erklärt: „Die Lebensfrage unseres Volkes ist nicht die Schnelligkeit, mit der der Friede zustande kommt, sondern sein Inhalt. Die Sozialdemokratie aber ist bekanntlich bereit, jeden Inhalt anzunehmen, und auch auf die militärische Grenzsicherung zu verzichten. Unserer Meinung nach aber verdient der Staatsmann, der unserem Volke diese Grenzsicherung nach Osten bei der ganzen militärischen und sonstigen Kriegslage nicht verschaffte, mit Schimpf und Schande seines Amtes enthoben zu werden. — Sehr heftig wendet sich die liberale „Voss. Ztg." gegen Staatssekretär Kühlmann, dessen Ungeschicklichkeit, wie sie behauptet, den Zwischenfall verschuldet habe und der deshalb zurücktreten müsse. Auch behauptet sie, daß die Reichsregierung den Hauptausschuß des Reichstages über die Vorgänge. die zum Zwischenfall in Brest-Litowsk geführt haben, im Unklaren gelassen habe.

Die französische Presse.

Die führenden Pariser Blätter schlagen aus dem Zwischenfalle natürlich in ihrem Sinne Kapital und hoffen, daß den Fr[illegible] Handlungen jetzt ernste Schwierigkeiten erwachsen seien.

Urteil des türkischen Großwesiers.

Das türkische Großwesier Talaat Pascha, der inzwischen nach Brest-Litowsk abgereist ist, erklärte in Berlin einigen Zeitungsvertretern, es handelte sich bei dem Zwischenfall um eine Unterbrechung, die durch ein Mißverständnis verursacht wurde. Er sei überzeugt, daß sich dieses Mißverständnis in kürzester Zeit aufklären wird. Daß die Verhandlungen mit der Ukraine nicht abgebrochen wurden, bestärke ihn besonders in seiner Zuversicht. Er sei überzeugt, daß diese Verhandlungen einen guten und leichten Verlauf nehmen werden. Er sei ganz sicher, daß die Russen die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder aufnehmen werden. Sie sind Leute mit festen Prinzipien, die sich nicht beirren lassen. Ebensogut wissen sie, daß wir von unseren Bedingungen nicht abgehen werden. Man wird auch die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten weder in Stockholm, noch in Kopenhagen noch in der Schweiz führen.

Ein Telegramm nach Petersburg.

Die Vorsitzenden der Verbündeten Delegationen haben von Brest-Litowsk an die russische Regierung nach Petersburg folgendes Telegramm gerichtet: An die russischen Delegationen, zu Händen ihres Vorsitzenden, Herrn Joffe, Petersburg. In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegationen hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Leitsätze für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Leitsätze ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Krieg beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine 10tägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundsätzen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegierten der verbündeten Mächte stellen fest, daß die 10tägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist. Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen: von Kühlmann für Deutschland, Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn, Popow für Bulgarien, Nessimy Bei für die Türkei.

Ein nationalliberaler Beschluß.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Correspondenz" teilt mit: „Die nationalliberale Reichstagsfraktion trat am 8. Januar zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zusammen. Der Vorsitzende gab eine eingehende Darstellung der außerpolitischen Lage, insbesondere der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. Die sehr angeregte und ausführliche Aussprache ergab eine in allen grundlegenden Fragen übereinstimmende Auffassung. Insbesondere war die Fraktion darin einig, daß irgendeine Verlängerung des den Entemächten angebotenen Termins zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen unter keinen Umständen eintreten dürfe, auch nicht, wenn sie von anderer Seite verlangt werden würde. Ebenso stellte sich die Fraktion einmütig auf den Standpunkt, daß in bezug auf die wichtige Frage der notwendigen strategischen Grenzsicherungen dem Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebende Bedeutung zukomme."

Der Kronprinz über den Frieden.

Der Freie Ausschuß für einen deutschen Arbeiterfrieden, der in Bremen seinen Sitz hat, richtete an den Kaiser, den Kronprinzen und Hindenburg eine Depesche, in der er einen Frieden fordert, „der den Arbeitern in Deutschland Brot und Verdienst für ewig sichert und sie nicht zwingt, auszuwandern und Kulturdünger anderer Völker zu werden." Darauf ging, wie die „Weser-Zeitung" meldet, vom Kronprinzen folgende Antwort ein: „Es liegt keine Veranlassung zu den angedeuteten Besorgnissen vor. Dem freien Ausschuß für einen deutschen Arbeiterfrieden glaube ich vielmehr versichern zu können, daß die deutsche Reichsleitung die heldenmütigen Taten von Heer und Marine auch durch einen guten, ehrenvollen Frieden zu krönen wissen wird, einen Frieden, der den deutschen Arbeitern unter glücklichen Lebensbedingungen die freie Entfaltung ihrer Kräfte auf deutschem Boden gewährt und erhält."

Die Kämpfe im Westen.

Deutsche Erfolge.

An der Westfront hielt auch am 5. Januar die rege Erkundungstätigkeit und die lebhafte Flugtätigkeit beträchtlich an. Englische Erkundungspatrouillen mußten nordöstlich Poelkapelle und westlich Zandvoorde nach blutigen Verlusten über die Trichterfelder in ihre Gräben flüchten. Oestlich Reims und in Gegend nördlich Prunay scheiterten französische Erkundungsvorstöße. In der Champagne versuchten die Franzosen, nach mehrstündiger Feuervorbereitung an zwei Stellen in unsere Stellungen westlich des Kanonenberges einzudringen. Unsere Grabenbesatzung ließ sie hier bis dicht an unsere Linien herankommen und warf sie sodann in schneidigem Gegenstoß zurück. Ebensowenig Erfolg hatten französische Absichten in den Argonnen und zwischen Maas und Mosel.

Unsere Erkundungsabteilungen erfüllten an mehreren Stellen der Front völlig ihre Aufträge. Nordöstlich Avocourt brachen unsere Sturmtruppen am Morgen des 5. Januar überraschend nach kurzem Minen- und Artilleriefeuer in die feindlichen Gräben ein und brachten trotz starker Gegenwehr 37 Gefangene und 2 Maschinengewehre ein.

Die Opposition gegen Clemenceau.

Erklärung der „internationalen Sozialisten"

In den Kreisen der französischen Sozialisten wächst die Erbitterung gegen den Ministerpräsidenten Clemenceau zusehends. Sie sind erbittert, daß er einiger Sozialisten die Pässe nach Stockholm bezw. Petersburg verweigerte und sie wollen ihm jetzt aus seiner Kriegspolitik einen Strick drehen. Das „Journal du Peuple" veröffentlicht eine Erklärung des Ausschusses zur Verteidigung des internationalen Sozialismus, die darin gipfelt, daß der Augenblick gekommen sei, die auf dem Sozialistentage in Bordeaux gefaßten Beschlüsse auszuführen, das heißt, der französischen Regierung die Bewilligung der Kriegskredite zu verweigern, sobald sie eine annehmbare Friedensanbahnung zurückweise. In der Erwägung, daß derzeit eine zum mindesten erörterungsfähige Friedensanbahnung vorhanden ist, werde der Ausschuß an die sozialistischen Vereinigungen Frankreichs die Aufforderung richten, mit äußerster Energie gegen das ablehnende Verhalten der Regierung gegenüber dem russischen Friedensvorschlage zu protestieren.

Kleine politische Meldungen.

Kein Entlassungsgesuch Ludendorffs. Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen. Wir hatten vor einer solchen Nachricht keine Notiz genommen.

Teuerungszulagen für Abgeordnete? Die Parlamentarier haben schon mehrfach im Reichstage wie im Preußischen Landtage erklärt, daß es ihnen bei den erhöhten Lebensmittelpreisen nicht mehr möglich ist, mit den bisherigen Tagegeldern auszukommen. Wie dazu mitgeteilt wird, dürfte diese Frage bei Beratung der neuen Staatshaushaltspläne angeschnitten werden. Im Hinblick auf die Bewilligung von Teuerungszulagen selbst an die gut bezahlten Beamten ist eine Erhöhung der Tagegelder für Reichstags- und Landtagsabgeordnete, die bisher 15 Mark betrugen, nicht ausgeschlossen.

Ein neuer deutscher Kreuzer im indischen Ozean. Von besonderer Seite erfährt das „Berner Tageblatt" aus Athen, daß deutsche Seeleute auf einem aus einem ostafrikanischen Hafen entführten Schiff am Südausgang des Roten Meeres kreuzen, weshalb in Aegypten die Indienfahrer Vorsichtsbefehle erhalten.

Die deutsche Regierung und die Zionisten. Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr v. d. Busche-Haddenhausen, hat in Berlin einige zionistische Führer empfangen und ihnen folgendes erklärt: „Wir würdigen die auf Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen die Juden ein stark entwickeltes Eigenleben haben, bringen ihnen volles Verständnis entgegen und sind zu einer wohlwollenden Unterstützung ihrer diesbezüglichen Bestrebungen bereit. Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten verfolgten Bestrebungen in Palästina, begrüßen wir die Erklärungen, die der Großwesir Talaat Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der Kaiserlich Osmanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewiesenen freundlichen Haltung, die aufblühende jüdische Siedelung in Palästina zu fördern."

Der ungarische Ministerpräsident Wekerle und der österreichische Finanzminister von Wimmer sind in Berlin eingetroffen. Ihre Anwesenheit gilt Finanzfragen.

Kronprinz Boris von Bulgarien ist wegen seiner Verdienste im Kriege zum Oberstleutnant befördert worden.

Ministerkrise in Schweden. Nachdem der Minister und Chef des Finanzdepartements Hjalmar Branting infolge begründeter Krankheit um Entlassung aus seinem Amte nachgesucht hat, enthob der König von Schweden Branting seines Amtes und ernannte den sozialistischen Abgeordneten Thorsson, zum Minister und Chef des Finanzdepartements. Der vielgenannte Branting galt als Anhänger der Entente.

Die französische Regierung hat die Unabhängigkeit der finnischen Republik rechtlich wie tatsächlich anerkannt.

Das Hauptverhör Caillaux'. Vom Hauptverhör Caillaux' war dem militärischen Untersuchungsrichter erwarteten Caillaux' Gegner eine entscheidende Wendung zu dessen Ungunsten und erdrückende Beweise aus den angeblich bisher geheimgehaltenen Aktenstücken. Anstatt dessen erklärten Caillaux' Verteidiger, das Hauptverhör habe nicht die geringste Veränderung des Belastungsmaterials herbeigeführt. Nichts sei vorgebracht worden, als was aus den Kammerverhandlungen schon bekannt war. Die beiden Angeklagten zeigten sich demzufolge sehr zuversichtlich.

Monarchische Bewegung in Portugal. Ein Madrider Bericht des „Temps" meldet: In monarchistischen Kreisen Portugals geht das Gerücht, daß der frühere König Manuel auf die Krone Verzicht leisten und sich demnächst nach Madrid begeben werde, wo er seinen Entschluß bekanntgeben werde. Man behauptet, daß dieser Verzicht, der alle monarchistischen Elemente zusammenscharen bezweckt, zugunsten des Prinzen Dunte, des Enkels Don Miguels, der gegenwärtig in Oesterreich weilt, erfolgen soll. Die ausgewanderten portugiesischen Monarchisten kehren nach Portugal zurück, während alle Demokraten der Costa-Partei nach Madrid strömen. Sie versichern, daß sich in Portugal eine monarchistische Bewegung vorbereite. Verhaftungen von Republikanern wurden an verschiedenen Orten vorgenommen.

Eine „aufrührerische" Schrift. Aus Londoner Blättern ergibt sich, daß ein englischer Missionar, der in den Soldatenlagern Bibelsprüche verbreitete, unter anderem auch das Wort, daß man seine Feinde lieben solle, wegen Verbreitung aufrührerischer Schriften (!), die geeignet sind, die Verteidigung des Vaterlandes zu beeinträchtigen, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Von Stadt und Land.

Aue, 7. Januar.

Nachdruck der Lokalnotizen, die durch ein Korrespondenzzeichen kenntlich gemacht sind, ist — auch bei Auszügen — nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Kriegsunterhaltungsstunden in der Gewerbeschule.

Die am Sonnabend Abend in der Gewerbeschule hierselbst vor zahlreicher Zuhörerschaft abgehaltene Kriegsunterhaltungsstunde — ein Lichtbildervortrag über das Thema „Vom Schiffsjungen zum Schiffskapitän," dem viele andere belehrende und unterhaltende Lichtbilderaufführungen folgten — war, wie Herr Direktor Bang in seinen einleitenden Worten mit